

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr 15.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsrate pro 3gepaltene Zeile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 21. Juli 1906.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Mängstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Berg, Hannover, Mängstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

## Nachträge zur Delegiertenwahl.

### Gewählte Delegierte.

19. Wahlkreis: Fitz Joppich, Breslau.  
27. " " M. Kimmich, Mägeln.  
33. " " Der als Delegierte gewählte Kollege R. Krakau kann das Mandat nicht annehmen. An seine Stelle tritt als Ersatzmann Kollege Aug. Pöcke, Erkner.  
42. " " Karl Hämmerl, München.  
43. " " P. Nonnenmacher, München.  
Der als Delegierte bekannt gegebene Kollege R. Herrmann, Nürnberg, erklärt, daß die auf ihn entfallenen Stimmen als ungültig zu betrachten sind, da er nicht kandidiert habe. Delegierter ist Jos. Staimer, München.  
68. " " F. W. Dibjild, Bremen.  
71. " " Emil Seidenschnur, Harburg.  
S. Martens, Harburg.

### Aus der Stichwahl hervorgegangene Delegierte.

1. Wahlkreis: Christian Schrader, Bienen.  
2. " " Aug. Meier, Braunschweig.  
5. " " W. Jäpper, Eschershausen.  
12. " " Fr. Hölzke, Calbe.  
18. " " Karl Brauner, Götting.  
20. " " E. Pfeiffer, Eilenburg.  
21. " " M. Römer, Würzen.  
23. " " G. Neuring, Dresden.  
42. " " Walp. Mayer, München.  
50. " " Bernh. Weber, Heidenheim.  
59. " " M. Knöchel, Offenbach.  
61. " " P. Bahn, Mühlheim a. M.  
64. " " Chr. Kleffisch, Kalk.  
65. " " Boes, Bielefeld.  
74. " " Poling, Schiffel.  
75. " " Joh. Bruns, Wandsbek.  
78. " " S. Hartmann, Kiel.

## Anträge zum achten Verbandstag.

### Zur Tagesordnung.

- Berlin.** Die Landarbeiterfrage ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Verbandstages zu setzen.  
**Harburg.** Die Mairfeier ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.  
**Leipzig.** Als 4. Punkt der Tagesordnung ist zu behandeln der Kölner Gewerkschaftslongtrek und die Stellung zur Mairfeier.  
**Bergedorf.** Als Punkt 5 der Tagesordnung des Verbandstages zu setzen: Mairfeier.

### Punkt 2 der Tagesordnung.

#### Bericht des Vorsitzenden.

- Bln.** Der Vorstand hat jedes Jahr ein Handbuch herauszugeben über Lohnkämpfe und Fortschritte, welche auf gewerkschaftlichem Gebiete errungen worden sind, damit die tätigen Kollegen im Lande Material in Händen haben, welches sie praktisch verwerten können. Das Handbuch ist den Funktionären gratis zu liefern.  
**Magdeburg.** Der Vorstand hat jedes Jahr Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Die Berichterstattung erfolgt im „Proletarier“.  
**Nied.** Der Hauptvorstand darf niemals ein Reichstagsmandat annehmen.

### Statutenberatung.

#### § 2, Absatz 1.

**Dortmund, Düsseldorf.** Die Worte: „Mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ sind zu streichen.

#### § 3.

**Frankenthal.** Im Umkreis einer Zahlstelle von 10 Kilometern sollen neue Zahlstellen nicht errichtet werden.

**Konferenz des Gaues 10, Dresden.** Alle in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Wohngebiete liegenden Zahlstellen sind zu verschmelzen.

**Stokeldorf.** Verschmelzung von Zahlstellen darf nicht erfolgen, wenn diese auf zwei verschiedenen Staatsgebieten liegen und verschiedene Ortsverhältnisse in Betracht kommen.

**Berlin.** Bücher für abtretende Personen werden vom Vorstand ohne Eintrittsgeld verabfolgt.

**Thale (Harz).** Die Uebertrittsbestimmungen sind auch auf die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auszudehnen.

**Magdeburg.** Der Uebertritt aus einer anderen Organisation in unsere erfolgt kostenlos.

#### § 5.

**Bln.** Für neuereintretende Mitglieder sind anstatt der Mitgliedsbücher Karten für das erste Jahr auszustellen.

#### § 6.

**Düsseldorf, Stokeldorf.** Die Erhebung von Extrabeiträgen kann nur durch Urabstimmung beschlossen werden.

**Dortmund.** Extrasteuern sind mittels besonderer Karten zu erheben.

**Braunschweig.** Mitglieder, welche durch Nichterfüllung ihrer Pflichten der Mitgliedschaft verlustig gegangen sind, können nicht wieder als Mitglieder aufgenommen werden, es sei denn, daß dieselben sämtliche rückständigen Beiträge, mindestens aber 13 Wochenbeiträge nachbezahlen. Derartig neuaufgenommene Mitglieder haben ebenfalls wie jedes andere neu eintretende Mitglied die im Statut festgesetzte Karenzzeit zu überleben, bevor ihnen eine Unterstützung von der Verbandsleitung gewährt werden kann.

#### Abatz 2.

**Marxstr. 5.** Solche Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, haben vorher den Betrag für 6 Wochenbeiträge zu bezahlen.

**Langensfelde.** Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, zahlen doppeltes Eintrittsgeld; sind dieselben wegen Beitragsrückständen gestrichen, so haben sie 3 Monate Beitrag nachzuzahlen. Die Karenzzeit bleibt dieselbe wie bei neuereintretenden Mitgliedern.

#### Abatz 6.

**Berlin.** Die Beitragspflicht ruht während nachgewiesener Erwerbslosigkeit.

**Schwendig.** Beitragsbefreiung für bei Streiks inhaftierte Kollegen mit gleicher Berechtigung wie zahlende.

#### § 7.

**Adyenia.** Alle aus dem Verband ausgeschlossene und dem Hauptvorstand gemeldete Kollegen sollen im „Proletarier“ bekannt gegeben werden.

#### § 7, Absatz e.

**Stettin.** Durch betrügerische Vorspiegelungen sich Unterstützungen verschaffen oder dazu beitragen.

#### § 9.

**Stideseim, Wolgast.** Weibliche Mitglieder erhalten Zweidrittel der Unterstützungen gegenüber den männlichen, da sie zu Zweidrittel der Beiträge verpflichtet sind.

#### Abatz 2.

**Cuttz.** Die Erwerbslosen-Unterstützung ist mehr in eine Krankenunterstützung umzuwandeln.

**Nied.** Abschaffung der Erwerbslosen-Unterstützung, um die Unterstützungs-Organisation in eine Kampfes-Organisation umzuwandeln.

**Wandsbek.** Als Tag des Beginns der Krankheit gilt der Tag, an welchem das ärztliche Attest ausgestellt wurde.

**Hamburg.** Die Anmeldung erkrankter Mitglieder zur Erwerbslosen-Unterstützung muß in den ersten 6 Tagen nach Ausstellung der ärztlichen Bescheinigung unter Vorlegung derselben beim Bevollmächtigten oder Vertrauensmann erfolgen.

**Kiel, Wolgast.** Die Erwerbslosen-Unterstützung wird vom dritten Tage ab ausbezahlt.

**Dornsb.** Erwerbslosen-Unterstützung wird vom ersten Tage ab ausbezahlt.

#### § 10, Absatz 2.

**Langensfelde.** Die Sätze für Unterstützung im Sterbefalle sind um 10 Mark zu erhöhen.

**Kolberg.** Zusatz: Bei 312 Wochenbeiträgen 60 Mk. und bei 364 Wochenbeiträgen 70 Mk.

#### Abatz 3.

**Kolberg.** Sind Mann und Frau Mitglied des Verbandes, so kann ihnen bei gleichen Voraussetzungen beim Todesfall eines Kindes bis zum 4. Lebensjahr bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 4 Mk., bei 156 Wochenbeiträgen 6 Mk., bei 208 Wochenbeiträgen 8 Mk., bei 312 Wochenbeiträgen 12 Mk.; vom 4.—8. Lebensjahre bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 6 Mk., bei 156 Wochenbeiträgen 8 Mk., bei 208 Wochenbeiträgen 10 Mk., bei 312 Wochenbeiträgen 12 Mk. und bei 364 Wochenbeiträgen 14 Mk.; vom 8. bis zum 14. Lebensjahre bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 8 Mk., bei 156 Wochenbeiträgen 10 Mk., bei 208 Wochenbeiträgen 12 Mk., bei 312 Wochenbeiträgen 14 Mk. und bei 364 Wochenbeiträgen 16 Mk. gezahlt werden.

#### Abatz 6.

**Elmsborn.** Ist die Frau eines Mitgliedes ebenfalls Mitglied des Verbandes, so ist ihr das volle Umzugsgeld zu bewilligen.

**Wilhelmsburg.** Verheiratete Mitglieder, welche ihren Wohnsitz verändern und 52 Wochenbeiträge geleistet haben, können ein Umzugsgeld von 20 Mark erhalten. Unverheiratete Mitglieder erhalten eine Reise-Unterstützung bis zu 10 Mark bewilligt.

#### Abatz 9.

**Seilbroun.** Die Unterstützungshöhe für Gewahregelte ist statutarisch festzusetzen.

#### § 11, Absatz 1.

**Nied.** Zahlstellen mit 1800 Mitgliedern haben einen besoldeten Beamten anzustellen. Der Vorstand darf keine Zuschüsse zu den aus der Besoldung entstehenden Kosten gewähren.

**Stettin.** Der Vorstand ernennt für jede Zahlstelle 3 Bevollmächtigte und 3 Stellvertreter, welche die Geschäfte der Zahlstelle zu leiten haben. Usw.

#### Abatz 3.

**Hannover.** In Zahlstellen, wo besoldete Beamte angestellt sind, ist die Zahl der Rev. um die Zahl der besoldeten Beamten zu erhöhen.

#### Abatz 5.

**Stettin.** Jede Zahlstelle ist verpflichtet, 3 Revisoren zu wählen. Diese nehmen an den Vorstandssitzungen teil. Die Revisoren können jederzeit Revisionen vornehmen, abgesehen von der Revision bei der Quartalsabrechnung.

#### Abatz 7.

**Eisenberg (S.-M.).** Jedes Mitglied ist in allen Versammlungen stimmrechtlich, wählbar zur Besetzung eines Postens wird es erst, wenn es 20 Jahre alt geworden und 3 Monate Mitglied gewesen ist.

#### § 13, Absatz 3.

**Frankfurt a. M. Kiel.** Den Zahlstellen verbleiben 25 Prozent der Einnahmen aus den Wochenbeiträgen.

#### § 14, Absatz 7.

**Bürgel.** Alle drei Jahre findet regelmäßig ein Verbandstag statt.

#### § 16.

**Konferenz des Gaues 1. Eggersheim.** Mitgliedern, die am Wahlsonntag arbeiten müssen, ist die Teilnahme an der Wahl an einem anderen Tage zu ermöglichen.

**Zerbst.** Die Wahlkreise werden nach Möglichkeit aus denselben Wahlkreisen gebildet.

#### Abatz 8.

**Hannover.** Zeile 3 ist statt 800 1000 zu setzen.  
**Bergedorf.** Für jeden Delegierten ist ein Ersatzmann zu wählen.

### Geschäftsordnung.

#### Nr. 11, Absatz 4.

**Bergedorf.** Der erste und zweite Satz ist zu streichen.

#### Abatz 5.

**Bergedorf.** Die Worte: „bei jeder einzelnen Wahlhandlung“ zu streichen.  
Die Wahl des Ersatzmannes ist in einer später anzuberaumenden Wahlversammlung vorzunehmen.

### Redaktion des „Proletarier“.

**Frankfurt.** Sitz des Verbandes und Redaktion des „Proletarier“ dürfen nicht an einem Ort zusammen sich befinden.

**Dortmund.** Der „Proletarier“ erscheint am 1. Oktober wöchentlich und sechsseitig.

**Dresden.** Der „Proletarier“ hat wöchentlich und mindestens achtsseitig zu erscheinen.

**Braunschweig.** Der Verbandstag wolle beschließen: Nach vorzunehmender Anstellung eines besoldeten Redakteurs den „Proletarier“ wöchentlich erscheinen zu lassen und auch im Allgemeinen die Ausstattung des Blattes umlichst zu heben. Für die einzelnen Gruppen der Gummi-, Papier-, Seifen-, Schokoladen-, Zucker-, Konjerven-, Zement-, Ziegelei- und chemischen Industriearbeiter sollen fortlaufende Rubriken und Artikelserien zur Aufklärung und Agitation unterhalten werden. Vor allen Dingen soll aber auch der Agitation und Organisation der Landarbeiter und Arbeiterinnen Rechnung getragen werden.

**Sudwigshafen und Rundenheim.** Der „Proletarier“ erhält mindestens allmonatlich eine wissenschaftliche Beilage.

**Wedel-Cuttin.** Anstellung eines zweiten Redakteurs.  
**Augsburg, Delmenhorst, Dresden, Erfurt, Eutin, Frankfurt, Fürth, Gau 10, Gauen, Gösch, Adyenia, Ludwigshafen, Nürnberg, Pomerandorf, Schwiebus, Varel, Wedel.** Der „Proletarier“ erscheint alle 8 Tage.

**Spandau.** Der „Proletarier“ erscheint vom 1. Oktober ab wöchentlich.

**Fürth, Hamburg, Gauen.** Besondere Anstellung eines Redakteurs.

**Nürnberg.** Den Kolleginnen soll statt des „Proletarier“ die „Gleichheit“ geliefert werden.

**Hamburg.** Herausgabe mit händer Beilage, in der besonders die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter behandelt wird.

**Blauenfelder Grund.** Der wichtigste Teil unseres „Proletarier“ ist in italienischer, polnischer und tschechischer Sprache zu übersetzen und zwar in soviel Exemplaren, wie nötig sind. Dieselben sind den Zahlstellen mit zuzusenden wenn der „Proletarier“ versandt wird und zwar in soviel Exemplaren, wie jede Zahlstelle gebraucht.



Wirden, diese aus Schreden den Rücken lehnen würden. Da  
aber die Arbeiter aber eben so sehr kämpfen, wie sie ihren Ein-  
fluss und ihre Rechte gegenüber der Organisation viel zu hoch ein-  
schätzen. Gegen die Organisation ist nun einmal kein Krampf  
gewachsen! Viele andere haben das vor den Meistern der Schlauch-  
fabrik erfahren müssen. Weiteren wird es nicht anders gehen. Diese  
Einsparungen, durch welche der Betrieb in den Grund kommt, daß er  
seinen Beschäftigten die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte er-  
schwert, haben zur Wahrung eines großen öffentlichen Verhältnisses  
geführt, die von 700 Personen besucht war. Diese beschäftigte sich  
mit den Zuständen der Schlauchfabrik. Kollege Reuring-Dröben  
legte dar, wie ungerecht es sei, wenn Befehle wegen Verhältnisse  
angehört werden. Der Stundenlohn beträgt 24 Pf., jedoch  
werden die Arbeiter zu Überstunden gezwungen, wofür man 40 Pf.  
erhält. Die Überstunden betragen in einer Woche 26 und noch mehr.  
Trotzdem 400 Personen beschäftigt werden, gibt keine Rantme sehr  
Spielraum. In Arbeitsräumen muß das Essen eingenommen  
werden. Einen Arbeiterzuschlag gibt es ebenfalls nicht. Bei jeder  
wichtigen Neuierung erfolgen Kündigungen. Ein schwaches Recht ist  
vorhanden, wo alle Länder eingewogen werden. Den Meistern ist  
ein großer Spielraum gegeben, den sie zur Bedrängung der Arbeiter  
gründlich ausnützen. Der Fabrikbesitzer selbst tritt sehr in den Hinter-  
grund. Nach Meinung der Arbeiter würde manches besser sein, wenn  
der Betriebsbesitzer den Meistern weniger Machtvollkommenheit ein-  
räumte und ihnen einmal überbläut zu verstehen geben wollte, daß  
sie sich um das, was die Arbeiter draußen tun, nicht zu kümmern  
haben. Dann würde auch der Meinung, die heute noch vielfach unter  
den Arbeitern verbreitet ist, der Boden entzogen, daß die Kollegen,  
welche nicht im Kräftezustand Mittel bekommen wollen, einfach ent-  
lassen werden. In der Diskussion schloßten sich einige Arbeiter  
an die Spitze der Fabrik. Sodann verpflichtete sich die organisierte  
Arbeiterchaft Gottes, dem Fabrikarbeiterverband helfend bei der  
Kampfkraft unter den Arbeitern der Schlauchfabrik zur Seite zu stehen.  
Anderem waren Vorschläge zu verzeichnen.

**Seitrum.** Es sind nun zwei Monate verlossen seit dem  
Schlussbericht in der hiesigen „Redaktion“. Trotz aller  
Bedrängung und Schikanen konnten die hiesigen Arbeitgeber das  
Vorhaben unserer Organisation nicht ausfallen. Auch die  
Überprüfung in dem einen Betrieb und die fortgesetzten Entlassungen  
in anderen Fabriken konnten unserer Bewegung nicht den geringsten  
Schaden verschaffen. Genau wie das Interim lautete: „Jeder Arbeit-  
geber kommt an die Reihe und wird abgemessen“, genau so haben  
wir gehandelt. So annähernd sämtliche Betriebe hier wurden von  
unseren Lohnforderungen überfallen. Bis heute sind, mit Ausnahme  
von einigen Fabriken, so ziemlich alle Lohnbewegungen zu Ende  
geführt. Mit dem Erfolg können wir momentan ganz gut zufrieden  
sein. Es wird jetzt in 18 Fabriken hier mit 1288 Arbeitern und  
725 Arbeiterinnen in einer Woche 3288,45 M. mehr Lohn ausbezahlt  
als vor unserer Lohnbewegung. Das macht in einem Jahr  
188.40 M. Kollegen, wir können stolz auf den Erfolg unserer  
Organisation sein. Aber ein Armutszeugnis für jeden Kollegen wäre  
es, zu behaupten, nicht in der Lage zu sein, dauernd unsere Verbands-  
beiträge bezahlen zu können. Wenn jeder Kollege seine Pflicht und  
Schuldigkeit tut und unablässig fortfährt, neue Kämpfer zu sammeln,  
dann sind wir nicht nur in der Lage, die erzielten Erfolge zu be-  
haupten und die fortgesetzten Angriffe der hiesigen Arbeitgeber abzu-  
wehren, sondern es ist uns gut möglich, die Löhne noch mehr zu  
steigern. Darum tue jeder seine Schuldigkeit.

**Häpferberg.** Am 16. Juni tagte im Solale des Herrn Rud.  
Schäfer eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung, vornehmlich für  
die Levertler Farbenfabrikarbeiter einberufen. Der Genosse Peter  
Finger aus Solingen hielt das Interim über das Thema: „Die  
Kämpfe der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, mit  
besonderer Berücksichtigung der Zustände auf der Farbenfabrik. Die  
Versammlung war in Anbetracht der Verhältnisse gut besucht. Vor  
Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende, Kollege Specht,  
die Tagesache bekannt, daß das in 2000 Exemplaren verbreitete Flug-  
blatt vom hiesigen Bürgermeister beanstandet und die Verbreitung  
untersagt wurde, weil „Anreizung zum Klassenkampf“ darin enthalten  
sei. Auf folgende Beschwerde ist dann diese Verfügung aufgehoben  
worden. In so fortwährender Weise brachte der Bevollmächtigte  
das zum Thema gehörende tatsächliche Material den Anwesenden so  
verständlich vor Augen, daß wir Hoffnung haben, Erfolge für die  
Organisation zu erzielen. In der Diskussion legten die Genossen  
Specht, Frettingsdorf und andere wirkungsvolle Einzelheiten dar über  
die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ebenso werten sie den uner-  
hörten Bruch, den die Leitung der Farbenfabrik auf ihre Arbeiter in  
bezug auf deren politische Rechte ausübt. Die Ausübung des Reali-  
tions- und Versammlungswortes ist auf der Farbenfabrik verpönt.  
Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die das orga-  
nisationsfeindliche Verhalten der Fabrikleitung verurteilt und die An-  
wesenden verpflichtet, unermüdet für die Organisation einzutreten.

**Lägerdorf.** Am 26. April dieses Jahres fanden hier zwei  
öffentliche Gewerkschaftsversammlungen statt, in welchen beschlossen  
wurde, an die hiesigen Firmen der Menschen und Dreitenburger  
Zementfabriken die Anträge auf Einführung der achtstündigen Lohn-  
zahlung und eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu stellen. Diese  
Anträge wurden den Firmen von dem Gewerkschaftsleiter zugestellt.  
Da jedoch auf vier hiesige Zuschriften keine Antwort erfolgte, schrieb  
der Vorsitzende des Kartells, Kollege Finsche, zum fünften Male an die  
Firma Alsen: „Im Auftrage Ihrer Arbeiter reichte am 26. April  
d. J. das Gewerkschaftskartell die Anträge auf Einführung der all-  
wöchentlichen Lohnzahlung und zehnprozentigen Lohnerhöhung ein.  
Die Wünsche waren an sich sehr bescheiden und durfte man eine  
umgehende Antwort als selbstverständlich erwarten. Trotzdem mußte  
am 8. und weiter am 17. und 26. Mai die Bitte um Antwort  
wiederholt werden. Aber mit Nichtachtung ging man über erst ge-  
meinte, so dringende notwendige Anträge hinweg. Wägen immer  
Sitten und Gebräuche im gesellschaftlichen Verkehr in den ver-  
schiedenen Berufsständen verschieden sein, wir halten es damit, daß  
wir als gebildete Menschen anständige Anfragen schnellstens anständig  
beantworten und betrachten eine andere Behandlung als Verlei-  
digung für die Antragsteller. Eine Ermütigung zum neuen  
freudigen Schaffen und Wirken ist es für jene Braven  
nicht, die als tüchtige Arbeiter durch langjährige harte Arbeit  
ihre Kraft geopfert haben und sicher einen anderen Lohn erwarteten,  
als sich mit Nichtachtung ihrer berechtigten Wünsche abgetan zu sehen.  
Auch die beliebte Ausrede, man wolle nur mit seinen Arbeitern  
verhandeln, ist hier nicht anwendbar. Ihre Arbeiter sind es, die als  
Vertreter im Kartell sitzen. Ihre Arbeiter waren es, die ohne fremde  
Einschüchtlung die Anträge beraten und beschlossen haben. Der  
Mann war und ist immer nur die ausführende Person, wie auch im  
Gewerkschaftsgericht der ausführende Vorsitzende weder Fabrikant noch  
Arbeiter ist. Man ist hier überzeugt, daß, wenn Sie wollen, die  
Dreitenburger Fabrik ohne Zweifel folgen würde. Die Arbeiter  
sagen sich, daß sie als Arbeiter zweiter Ordnung gelten. Wie kommt  
man dazu, den hiesigen Arbeitern z. B. die allwöchentliche Lohnzah-  
lung, die längst bei Alsen in Ipehoe und Ueteren existiert, einfach  
zu verweigern? Die Lägerdorfer Arbeiter sind keine Trambolche  
und Mondys. Sie sind wirklich bescheidene, durchweg anständige  
Menschen, die mit Recht auf die weitgehendste Berücksichtigung ihrer  
berechtigten Wünsche Anspruch machen dürfen.“ Obwohl das Rück-  
porto diesem Schreiben beigefügt worden, wurde auch das nicht be-  
antwortet. In zwei öffentlichen Versammlungen, welche am 26. Juni  
stattfanden, berichteten die Kollegen Finsche und Eute über den  
Verlauf der Bewegung. Allgemein wurde die unwürdige Behandlung  
seitens der Arbeitgeber verurteilt, da jedoch die Lägerdorfer Arbeiter  
zum allergrößten Teil der Organisation fernstehen, so konnte man  
bestimmen nur den einen Rat erteilen, daß sie gegen diese Behan-  
dlung dadurch protestieren, daß sie sich einmütig der Organisation an-  
schließen.

**Waldschaffen.** Um das gemeinschaftliche Schreiben der Solal-  
organisten zu beleuchten, tagten Sonnabend, den 30. Juni, und  
Montag, den 2. Juli, für die organisierte Arbeiterchaft der „Anilin-  
“ 5 größere Versammlungen. Das durch besondere Kräfte ausge-  
zeichnete Statut der „Freien Vereinigung“ wurde ausgiebig ge-  
wärtigt. Der § 2 lautet: „Die freie Vereinigung für Waldschaffen  
und Umgebung bezweckt die Hebung und Befreiung ihrer Mitglieder  
und Angehörigen durch die Hebung und Befreiung ihrer Mitglieder,  
sowie der ganzen Arbeiterchaft.“ Was für eine Art der Hebung  
und Befreiung, davon wird allerdings nichts berichtet. Nach § 3

will die Vereinigung die Mitglieder über den Zusammenhang des ganzen  
Wirtschaftslebens in sozialistischem Sinne unterrichten. Dem wider-  
spricht der oben erwähnte Artikel, der den Antritt zum in den  
Vorberaumung stellt. Nach § 7 wird derjenige ausgeschlossen, der  
Gelder aus niedrigen Motiven veranträgt. Der Versuch ist gewiß  
fruchtlos und gibt zu denken. § 9 lautet: „Die Vereinigung gewährt  
ihren Mitgliedern bei Streiks eine Unterstützung. Die Höhe und  
Dauer der Unterstützung richtet sich nach dem jeweiligen Kassen-  
stande und wird durch Mitgliederbeschlüsse bestimmt.“ Das  
ist das ganze Streikreglement. Kein Wort, wie Streiks imhertret  
werden. Danach kann streiken, wer will und wann er will, ohne  
irgendwelche Verantwortlichkeit für Aufbringung der Mittel zu tragen.  
Wirklich ein Ausschlüß, der in seinen Konsequenzen nichts weiter als  
ein Konfusionsprodukt sondergleichen ist.

Folgende Berechnung mag zeigen, der an der Krankheit Anarcho-  
Vokalorganisation leidet, als Gegenstück dienen. Nehmen wir an, die  
7000 Anilinarbeiter treten alle einer Vokalorganisation bei. Da der  
gegenwärtige Wochenbeitrag 26 Pf. beträgt, so ergibt das eine  
Wochenentnahme von 1750 M. Rechnen wir Kranke, Arbeitslose  
und Rückstände ab und nehmen pro Jahr 40 Beitragswochen, so hat  
die Vokalorganisation eine Jahresentnahme von 70 000 M.  
Weshalb nun die 7000 Arbeiter streiken würden und den durchschnitt-  
lichen Unterhaltungslohn von pro Woche 14 M. erhielten, so ergibt  
das eine Wochenausgabe von 98 000 M. Streikunterstützung.  
Dauert der Streik 4 Wochen, so ergibt sich die Summe von 392 000  
M. Um diese Summe zu haben, müßten die 7000 Arbeiter  
5/6 Jahr Beiträge leisten. Davon dürfte jedoch kein Pfennig für  
Kranke, Arbeitslose, Gemäßigten, Streikunterstützung, für Recht-  
schuß, Umzug und Sterbegeld, was die freien Organisationen, bei  
ihren Kämpfen noch leisten, abgehen, da die 7000 stets auf sich  
allein angewiesen wären. Bei den Zentralorganisationen hingegen  
steht die gesamte organisierte Arbeiterchaft hinter den Kämpfenden.  
Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten: diejenigen,  
die für eine Vokalorganisation agitieren, begehen ein Verbrechen an  
der Arbeiterchaft. Die Agitation dieser Vokalorganisationen ist mit  
der aus Reich entsetzlichen Bestörungszeit zu vergleichen, die ein  
Monumentalwerk zerstört, nur aus dem Grunde, weil es dem von  
dieselben Befehlenden nicht möglich war, ein gleiches oder ähnliches  
zu schaffen.

In sämtlichen fünf Versammlungen wurde folgende Resolution  
angenommen:  
„Die heute tagende Versammlung erklärt, daß sie als einzig  
richtige Organisationsform die Zentralorganisation anerkennt, die  
allein instand ist, dem vereinigtsten Unternehmertum im wirtschaft-  
lichen Kampfe als Machtfaktor gegenüber zu treten. Sie erklärt  
ferner, daß sie es geradezu als Verrat an der Arbeiterchaft ansieht,  
wenn einzelne Personen, die an der mächtigen Organisation der  
Anilinarbeiter nicht das geringste Verdienst haben, es unternehmen,  
durch Gründung von Vokalorganisationen die Arbeiterchaft zu zer-  
splittieren und dadurch die Interessen des Unternehmertums wahr-  
zunehmen. Die Arbeiterchaft erklärt weiterhin, daß sie nach wie vor  
an ihrer Zentralorganisation festhält und dadurch ihre Solidarität  
nicht nur mit der Arbeiterchaft Deutschlands, sondern der ganzen  
Welt behütet. Die Versammelten machen es jedem einzelnen Kollegen  
zur Pflicht, diesen unehrlichen Elementen, der sogenannten Vokalorga-  
nisation, die Tür zu weisen.“

**Magdeburg.** Donnerstag, den 6. Juli, standen die Kollegen  
Geschäftsführer Otto Frenzel und der Bezirksführer Arbeiter Gries  
in Magdeburg vor dem Amtsgericht. Im Februar d. J. entstand  
unter den Arbeitern einiger hiesiger Industriefabriken eine Bewegung,  
die darauf abzielte, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeits-  
bedingungen herbeizuführen, unter anderem auch in der Zucker-  
Kaffee-Altiengeellschaft Sudenburg. Bevor es hier zu einer  
Arbeitsniederlegung kam, gerieten die dort Beschäftigten über den  
Arbeiter Schönebeck, Sohn des Ausschusses Schönebeck in derselben  
Fabrik, in eine gewisse Aufregung, weil sie Schönebeck junior in Ver-  
dacht hatten, daß er die Mitglieder des Verbandes der Fabrikleitung  
benutzte. Um diesem Verdacht auf den Grund zu gehen, beauftragte  
Frenzel den Bezirksführer Gries, an Schönebeck eine Postkarte zu  
schreiben und ihn einzuladen, zur Besprechung dieser Angelegenheit  
an einer Sitzung teilzunehmen.

Gries schrieb nun an Schönebeck folgende Karte:  
„Im Auftrage des Geschäftsführers des Fabrikarbeiterverbandes  
werden Sie ersucht, am Dienstag, den 27. Februar, vormittags  
7 Uhr, bei Raumann, St. Michaelstraße 16, zu erscheinen.  
Bei Ihrem Nichterscheinen sind Sie in Ihrem Arbeitertreue  
gerichtet.“

Durch den Inhalt dieser Postkarte, die Schönebeck junior zur  
Unterlage einer Anklage benutzt hatte, sollen die beiden Angeklagten  
sich der Klage schuldig gemacht haben. Der Angeklagte Gries  
erklärt, nicht die Absicht gehabt zu haben, den Schönebeck zu nötigen,  
an einer Vereinigung teilzunehmen, die eine Verbesserung der Lohn-  
und Arbeitsbedingungen bezwecke, da zu dieser Zeit von einer Ar-  
beitsniederlegung noch gar keine Rede war. Beiläufig, damit er sich  
von dem Verdacht der Denunziation reinige, sei Schönebeck ein-  
geladen worden.

Angeklagter Frenzel erklärt, daß er nur den Auftrag zur Ein-  
ladung des Schönebeck gegeben habe. Für den Inhalt der Karte,  
soweit diese etwas Ungelegliches enthalte, könne er nicht verantwortlich  
gemacht werden.

Zeuge Paul Schönebeck: „Ich bekam die Karte am 26. Februar.  
Viel Wert habe ich nicht darauf gelegt, denn ich sagte mir, die Leute  
haben doch kein Recht, über meine Person zu Gericht zu sitzen. Da  
aber die Arbeiter immer hinter mir herjampften, immer zusammen-  
standen und beratschlagten und da mein Vater Aufseher war und  
wir verschiedenes zu hören bekamen, gab ich die Karte dem Herrn  
Inspektor Baumgarten.“ Zeuge gibt weiter an, daß er nach seiner  
Meinung durch die Karte gezwungen werden sollte, sich dem Verbands-  
anzuschließen. Auf Befragen erklärt Zeuge, daß er noch niemand ver-  
raten hat; auch zum Nachteil eines Arbeiters hätte er noch nie etwas  
unternommen. Nur einmal hätte er in der Fabrik bei Holte jemand  
benutzt. Dieser Fall sei aber schon vor drei Vierteljahren passiert  
und hätte mit der zur Verhandlung stehenden Sache nichts zu tun.  
Mit erhobter Stimme: „Wie kommen denn die Leute dazu, aber mich  
zu Gericht zu sitzen?“

Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg zum Zeugen: „Haben Sie  
nicht am 5. April bei Ihrer polizeilichen Vernehmung gesagt, die  
Denunziation Ihrer Kollegen sei im Interesse Ihres Arbeitgebers  
erfolgt?“

Zeuge Schönebeck: „Sawohl, das habe ich gesagt, aber erst nach-  
dem ich die Karte erhalten hatte.“

Verteidiger: „Gehören Sie nicht dem Reichsverband gegen die  
Sozialdemokratie als Mitglied an?“

Zeuge: „Ja, aber ich bin erst später beigetreten.“

Verteidiger: „Haben Sie nicht in der Fabrik öfter davon ge-  
sprochen, daß Sie dem Verbands angehören?“

Zeuge räumt ein, daß er beim Reichsverband einen Kursus in  
der Rednerschule in Berlin mitgemacht, aber davon in der Fabrik  
nichts gesprochen habe. Der Zeuge tritt hierauf ab.

Zeuge Arbeiter Karl Fried bestätigt, daß die Vorladung des  
Schönebeck nur den Zweck gehabt hätte, daß dieser sich von dem auf  
ihm lastenden Verdacht reinigen sollte. Da dies in der Fabrik nicht  
möglich war, mußte eine Sitzung abgeraumt werden.

Zeuge Zeuge sagt ebenso aus.  
Vor seiner Verteidigung erklärt Zeuge Schönebeck noch einmal,  
daß nach seiner persönlichen Meinung die Karte den Zweck gehabt  
hätte, ihn, Zeugen, für den noch nicht ausgeprochenen Streik zu ge-  
winnen. Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung.

**Reizen.** Dienstag, den 2. Juli, fand in der Goldenen  
Weintraube unsere Quartals-Versammlung statt. Die Abrechnung  
vom 2. Quartal ergab eine Einnahme der Hauptkasse von 644,70  
M. Beitragsmarken wurden 2236 verkauft. Eingetrennen sind  
in 2. Quartal 43 Mitglieder, ausgetreten 78, abgereist 43 und ge-  
storben 3 Mitglieder. Der Mitgliederbestand am Schluß des Quar-  
tals betrug sich auf 1927, darunter 288 weibliche. Die Mitglieder  
in Ranzgrün und Umgebung, die bisher zur Hauptstelle Reizen ge-  
hören, haben sich eine eigene Hauptstelle gegründet. Das Sommer-  
fest brachte einen Ueberschuß von 224,25 M. Auf Antrag der  
Reizener wurde dem Vertrauensmann Entlassung erteilt. Ueber die

zum Verbandsrat geschickten Anträge; nach dem lange Diskussionen  
hatte die ausstehenden Parteibestimmungen werden die Kollegen Ober-  
bach, Köppler, Scholle, Reuhäuser wieder und Wähler eingeladen.  
Ein Antrag, der Sanitätskolonne 20 Mark zu überweisen, wurde an-  
genommen. Besondere Diskussionen betrafte ein Antrag der Ver-  
waltung, von denen, die nach dem 1. Januar d. J. ausgetreten sind,  
bezu. noch aussetzen, bei event. Wiederertritt 8 Mark Eintrittsgeld  
zu erheben. Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.  
Weiter wurde ein Fall zur Sprache gebracht, wo ein Arzt (Dr. med.  
Lah) der Betriebsleitung, bezw. der Leitung der Betriebs-Kranken-  
kassen die Mitteilung gemacht hat, daß ein von ihm behandelter Ar-  
beiter noch in einer anderen Kasse sei. Abgesehen davon, daß die  
Mitteilung in diesem Falle noch nicht einmal richtig war, müssen wir  
es natürlich Herrn Dr. Lah überlassen, zu beurteilen, wie weit  
seine Verpflichtungen als Arzt der Betriebs-Krankenkasse gehen. Nach  
Erledigung einiger das Krankenkassenwesen betr. Anfragen wurde die  
Versammlung geschlossen.

**Reizen.** Das abgelaufene Vierteljahr war für unsere Haupt-  
stelle ein außerordentlich lehrreiches. Für 14 Betriebe mit 1306 Ar-  
beitern und 852 Arbeiterinnen fanden Lohnbewegungen statt. Sämt-  
liche Bewegungen endeten mit Erfolg für die Beteiligten. Die um-  
fangreichste war die in den Osenfabriken, es kamen hierbei 6 Betriebe  
mit 879 Arbeitern und 259 Arbeiterinnen in Frage. Die Löhne in  
diesen Betrieben waren geradezu trübsal, erwachsene Arbeiter ver-  
dienten 18, 20 und 21 Pf. Stundenlohn. Gefordert wurden  
Mindestlöhne von 26—32 Pf. und Abschluß eines Tarifvertrages.  
Als Antwort auf die Forderung ließen die Unternehmer der Ver-  
bandsleitung erklären, daß sie „die daraufhin ge-  
troffenen Vereinbarungen demnachst ihrem eigenen  
Personal zur Kenntnis bringen würden.“ Mit dieser  
summarischen Erledigung waren die Kollegen nicht einverstanden,  
zumal sich dann noch diese „Vereinbarungen“ als sehr winzige Zu-  
gehändnisse einzelner Unternehmer entpuppten. In überfalliger Ver-  
sammlung wurde mit 749 gegen 15 Stimmen eine bearbeitete Bege-  
hrung abgelehnt und beschlossen, mit Niederlegung der Arbeit zu an-  
worten, wenn die Unternehmer sich nicht zu weiteren Zugeständnissen  
bereit erklärten. Die Ablehnung wurde dem Vorsitzenden des Arbeit-  
geberverbandes, Direktor Polts, mitgeteilt, wurden die Unter-  
nehmer unter Angabe von Ort und Zeit zu einer Verhandlung ein-  
geladen. Die Einladung wurde angenommen und in der Verhand-  
lung, an der der Vertrauensmann der Organisation und 8 Mit-  
glieder der Lohnkommission teilnahmen, wurde eine anderweitige Basis  
für event. Einigung in Vorschlag gebracht. Resultat der Verhand-  
lung war das Angebot der Unternehmer, Mindestlöhne von 24 bis  
28 Pf. zu bezahlen, tarifliche Festlegung der Löhne usw. Dieses  
Angebot wurde von den Arbeitern angenommen. Der Tarif trat  
am 1. Juni in Kraft und kann nach 1/2-jähriger Aufstufung gelöst  
werden, Kündigungsfrist ist jedoch nur der 15. November eines  
jeden Jahres.

Gleich mit den Osenfabriken hatten auch die Kollegen in den  
Chamotte- und Lomwarenfabriken Forderungen gestellt. Im Betriebe  
von Otto u. Schloffer ließ der Direktor dem Geschäftsführer der  
Hauptstelle, Kollegen Schneider, erklären, „er sei für ihn nicht zu  
sprechen, er würde mit seinen Leuten allein fertig, wenn es nicht passe,  
könne gehen.“ Eine Kommission der Arbeiter, die dann vorstellig  
wurde, erlitt ein ähnliches Schicksal. Darauf stellten die Kollegen  
am 30. April die Arbeit ein und schon am 4. Mai war die Direktion  
zu Verhandlungen bereit, an der auch die Verbandsleitung teilnahm.  
Die Verhandlungen endeten mit Abschluß eines Tarifvertrages, der  
einen Mindestlohn von 25 Pf. für Arbeiter und 15 Pf. für Ar-  
beiterinnen, außerdem eine Erhöhung der Abschläge vorsieht. Am  
5. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Im Dreppel fanden wiederholt Verhandlungen statt, teils  
zwischen Direktor und Arbeiterausschuß, teils zwischen Direktion und  
Verbandsleitung. Die Forderungen der Arbeiter wurden zum größten  
Teil bewilligt, jedoch von tariflicher Festlegung wollte man nichts  
wissen. Nach wiederholten Verhandlungen erklärte sich schließlich die  
Direktion zum Abschluß eines Vertrages bereit.

In den Tongruben der Reizener Osenfabrik forderten die  
Kollegen eine Erhöhung der Abschläge und Abschläge. Erreicht  
wurde Aufbesserung einzelner Abschläge und Erhöhung der  
Abschläge um 13 Prozent. Bis her 26—30 Pf., in Zukunft 28/2  
bis 35 Pf.

In den Rasla-Meyrener Tonwerken erreichten die Förderleute  
eine Erhöhung der Abschläge um 16 Prozent und des Schicht-  
lohnes um 20 Prozent.

Im Glas-Steindruck Carlsebad verlangten unsere Kollegen Er-  
höhung der Stundenlöhne um 15 Prozent und einzelner Abschläge  
um 20 Prozent. Infolge der guten Organisation wurde auch hier  
das geforderte in vollem Umfang bewilligt.

Im Draht- und Rabelsch wurde Erhöhung der Stundenlöhne  
und tarifliche Festlegung derselben gefordert. Die Direktion erklärte  
sich bereit, an 51 Arbeiter eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde und  
für 14 Arbeiter 2 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Arbeiterinnen  
sollten 1/2—1 Pf. Zulage erhalten. Außerdem sollten die Anfangs-  
löhne um 1 bzw. 2 Pf. erhöht werden. Da ein erheblicher Teil der  
Kollegen und namentlich der Kolleginnen erst kurze Zeit der  
Organisation angehören, wurde das Angebot der Direktion ange-  
nommen.

Im ganzen ist im letzten Vierteljahr für 1268 Kollegen und  
Kolleginnen das Arbeitsverhältnis tariflich geregelt worden und für  
369 wurden Verbesserungen ohne tarifliche Festlegung erzielt. Die  
Kosten der gesamten Bewegungen betragen ca. 1000 M., das  
jährliche Mehr an Lohn, das erreicht wurde, beträgt ca. 6000 M.  
Diese Zahlen illustrieren deutlich, eine wie vorteilhafte Kapitalanlage  
die Gewerkschaftsbeiträge für die Arbeiter sind. Sie würden es aber  
in noch weit größerem Maße sein, wenn es nicht so viel Querdöpfe  
und Schlammkäse unter den Arbeitern gäbe, die ihre eigenen  
Interessen mit Füßen treten. Hossentlich bestimmen sie sich bald auf  
ihre Pflicht.

**Waldschaffen.** Nachdem in zwei vorhergegangenen öffentlichen  
Versammlungen hier der Kollege Vollbold aus Heilbronn über die  
Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation referierte, konnte  
auch am Sonntag, den 8. Juli, hier eine Hauptversammlung unseres Ver-  
bandes gegründet werden, der schon 25 Mitglieder angehören. Nach  
Erledigung der Wahl einer Verwaltung forderte Kollege Vollbold  
die neue Verwaltung und die Mitglieder in kernigen Worten auf,  
daß es eines jeden Pflicht und Schuldigkeit sei, dafür zu sorgen, daß  
halb die Zahl der Mitglieder das erste Hundert übersteigen möge,  
denn am hiesigen Orte und in der Umgebung, wo für vollständige  
Arbeiter in den Papier- und Gipsfabriken bei zum Teil 12stündiger  
Arbeitszeit 1,80 bis 2,20 M. Lohn pro Tag bezahlt wurden, da  
sei eine starke Organisation notwendig, um wenigstens einigermaßen  
auskömmliche Löhne zu erzielen. Darum tue jeder seine Pflicht, der  
Vorteil wird nicht ausbleiben.

**Oderberg.** Sonntag, den 8. Juli, tagte unsere Mitglieder-  
Versammlung im Beerchen Solale (Zugergarten), in welcher  
der Bevollmächtigte den mit Befriedigung aufgenommenen Bericht  
vom 2. Quartal erstattete, wonach wieder 22 Kollegen aufgenommen  
worden sind. Ferner legte der 1. Bevollmächtigte im Einvernehmen  
mit den Mitgliedern sein Amt nieder. An dessen Stelle wurde  
Kollege A. Doll einstimmig vorgeschlagen. Hierauf hielt Genosse  
Jermann Gebel-Neuenhagen einen Vortrag über: „Der Kampf ums  
Dasein.“ Redner schilderte in packender Weise das Elend der Fabrik-  
Kriegel- und Landarbeiter und wies darauf hin, daß wir unsere  
Mitgliederzahl vergrößern müssen.

**Blauensteiner Grund.** Sonnabend, den 23. Juni, tagte eine  
öffentliche Gewerkschaftsversammlung im „Sächsischen Volk“ zu  
Deuben. Genosse Redakteur Nitzsche referierte über: „Die wichtigs-  
ten Kämpfe und ihre Lehren für die Arbeiter und Arbeiterinnen.“  
Hierauf schilderte Kollege Wolf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei  
der Firma Fiesche, Deubener Schmirgelwerke. Der Anfangslohn be-  
trägt dort (nach Abzug des Krankengeldes usw.) 14,45 M. pro  
Woche für einen Familienvater. Der Lohn steigt nach und nach  
auf 16, 17, 18 M., und nur einige Arbeiter erhalten 20—24 M.  
Der Lohn ist also sehr niedrig; hierzu kommt noch, daß die Schmirgel-  
fabrikation eine äußerst ungeliebte ist. Verschiedene Mitglieder  
wurden besprochen und zum Schluß eine Resolution angenommen,  
die gegen die Behandlungsweise der Leitung gegen die Arbeiter und  
Arbeiterinnen protestiert.

frei sein. Diese Vereinbarung wurde schon zweimal von der Firma durchbrochen, trotzdem sie die Direktion mit dem Arbeiterausschuß unterschrieben hatte. Als dies jedoch für die Woche zum 30. Juni, in der keine Leberstunden gemacht werden sollten, zum dritten Mal geschah, wurde in einer Versammlung, gemäß der Vereinbarung diese Woche keine Leberstunden zu machen, sondern statt morgen 6 Uhr um 7 Uhr anzufangen. Dieser Beschluß wurde von der Direktion beantragt, die Arbeiter auszusperrten, indem sie jedem, der um 7 Uhr kam, durch die Meister erklären ließ, daß er nicht anzufangen dürfe. Die Arbeiter der Fabrik sind größtenteils organisiert, es scheint deshalb eine Nachprüfung vorzuliegen. Zwei Wochen lassen sich die Arbeiter die Ausbeutung durch Leberstunden gefallen, wenn sie sich in der dritten Woche laut Vereinbarung an die normale Arbeitszeit halten, dann wirft man sie aufs Pflaster und macht sich an, auch über die wenige freie Zeit der Arbeiter zu verfügen. Einhundertfünfunddreißig (135) Arbeiter wurden davon betroffen. Nach einer Vermittlung, die von Seiten des Gewerbegerichts-Vorsitzenden Herrn Münch angebahnt wurde, ohne Auftrag der Ausschüsse, wurde am 22. v. M. zwischen der Direktion der „Fälz-, Nähmaschinen- und Fahrradfabrik“ vorm. Gebr. Kahler und der gemeinsamen Kommission der ausgesperrten Arbeiter folgende Vereinbarung getroffen und von beiden Seiten unterschrieben: 1. Daß alle Arbeiter eingestellt und wieder an ihre alten Plätze zurückkehren. Auch Kollege Katos, sobald gerichtlich bewiesen ist, daß derselbe keine Verleumdung und Beleidigung gegen Verleiher Fabrik begangen hat. Amos leitete nämlich einige Mißstände in einer Fabrikveranbarung. 2. Daß sämtliche ausgesperrten Arbeiter für die Zeit der Veranbarung mit dem durchschnittlichen Tagesverdienst, der für das erste Quartal 1906 zum Zweck der Berechnung des Leberstundenlohnes ermittelt wurde, bezahlt werden. 3. Daß die getroffenen Vereinbarungen mit den Leberstunden, 14 Tage zu arbeiten und 7 Tage auszuruhen, nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß eingehalten werden, soweit Leberstunden überhaupt notwendig sind. 4. Maßregelungen dürfen keine stattfinden, weder an den ausgesperrten, noch an denen, die im Betriebe Streikarbeit verweigerten.

**Koswig (Inhalt).** Die Arbeiter der Westfälischen Inhablichen Sprengstoff-Fabrikation reichten die Forderung auf wöchentliche Lohnzahlung ein: bisher war gebührende Lohnzahlung. Der Betriebsleiter jagte den Arbeitern, er könnte daran nichts ändern, sondern müsse die Forderung nach Berlin senden, er wolle aber sein Möglichstes tun, um den Arbeitern zu der wöchentlichen Lohnzahlung zu verhelfen. Diese Forderung ist nun bewilligt und kam am Freitag, den 23. Juni zum erstenmal zur Anwendung. Waren die Arbeiter in allen Fabriken so gut organisiert wie in obgenannter Fabrik, dann müde in kurzer Zeit die 14-tägige Lohnzahlung in Koswig verschwinden, die höchste Zeit wird es damit.

**Nürnberg.** Sonnabend, den 26. Mai, tagte im großen Saale des Café West eine stark besetzte Mitgliederversammlung. Infolge der steigenden Mitgliederzahl der Zahlstelle Nürnberg ist es zur Notwendigkeit geworden, einen besoldeten Ortsbeamten anzustellen. Am 21. November 1903 wurde die Zahlstelle Nürnberg von einem Hauptleitenden der Ortsverwaltung ins Leben gerufen. Es war eine harte Aufgabe, unter den damals noch sehr wenig aufklärten Arbeitern für die Organisation zu wirken. Aber dem Eifer und der Tatkraft der Kollegen gelang es, die Zahlstelle Nürnberg, wenn auch langsam, doch immer in die Höhe zu bringen. Im Anfang des Jahres 1905 betrug die Zahl der organisierten Kollegen kaum 200 Mitglieder, erst der Gewaltakt der bayerischen Metallindustriellen im Juni 1905 hat den Hilfsarbeitern die Augen geöffnet und ihnen den Weg gezeigt, wohin sie gehen sollten. Seitdem ist die Mitgliederzahl höher und höher gestiegen, so daß die Zahlstelle Nürnberg dank der unermüdlichen Agitation seitens der jetzigen Verwaltung, sowie der Mitglieder selbst am Schlusse des Quartals mit einer Mitgliederzahl von 850 abzurechnen konnte. Von den Bewerbern um die Ortsbeamtenstelle wurde der jetzige 1. Bevollmächtigte, Kollege Herrmann, mit 108 Stimmen Mehrheit gewählt. Da er infolge Krankheit seinen Posten nicht sofort ansetzen konnte, wurde bis zu seiner Genesung Kollege Graf als besoldeter Geschäftsführer angestellt. In den Händen der beiden genannten Kollegen liegt es nun, die Zahlstelle Nürnberg weiter auszubauen und zu heben in größerem Maße wie in den Vorjahren. Ein großes Arbeitsfeld ist noch in Nürnberg für die Organisation vorhanden.

**Varel.** Seitens unserer Zahlstelle wurde in letzter Zeit eine kräftige Agitation unter den Ziegelarbeitern entfaltet, um sie für einen Verband zu gewinnen. Es tagten 3 öffentliche Versammlungen in Varel und Umgegend, und 1 in dem 2 Stunden von hier entfernten Dorfe Bodhorn. Landtagsabgeordneter A. Schulz aus Vant hielt in allen Versammlungen das Referat. Von Erfolg gekrönt war namentlich die am Freitag in Bodhorn abgehaltene Versammlung. Hier entspann sich nach dem Referat eine rege Diskussion, an welcher sich mehrere Fabrik- und Ziegelarbeiter aus Varel beteiligten, die in energischer Weise die elenden Zustände auf den Ziegelfeldern vor Augen führten. Hieraus ließen sich 60 Ziegelarbeiter in den Verband aufnehmen. 140 Mitglieder sind hier jetzt. Danach wurde noch für jede Ziegelfabrik ein Vertrauensmann gewählt, um das Markenleben usw. zu besorgen. Sodann wurde beschlossen, alle 14 Tage eine Mitgliederversammlung in Varel und Bodhorn abwechselnd abzuhalten, um stetig mit den Kollegen in Bodhorn in Verbindung zu sein. Im ganzen kann man auch hier die Ergebnisse machen, daß gerade auf den Ziegelfeldern, wo die besten Bekämpfer sind, wenigstens in gesundheitlicher Hinsicht, die Organisation am besten Fuß faßt, und da, wo es am schlechtesten ist, fällt es doppelt schwerer, Mitglieder zu gewinnen. Weiter findet man dann auch noch, wie die Berichte der Vertrauensleute über Arbeiter-Behandlungen zeigen, daß gerade die reichsten Ziegelfeldbesitzer, die 5 bis 7 Ziegelfelder haben, es sind, welche am gleichgültigsten über die elenden Zustände, die in ihren Betrieben herrschen, hinweg sehen. Darum, Kollegen, schaffen wir durch Wissen und Aufklärung auf dem Wege der Organisation weiter, damit auch die Ziegelarbeiter in die Reihen der lebensbewußten Arbeiter eintreten, um dann mittels dieser ein besseres Los zu erkämpfen.

**Wedel.** Am Dienstag, d. 26., tagte eine Mitgliederversammlung im Lokale des Kollegen Wiedberger. Der 1. Bevollmächtigte reichte ein Schreiben des Kollegen Drey betreffend den Lebertritt der Ortsverwaltung zum Vertrauensrat, und forderte die Kollegen auf, dem Vertrauensrat Stellung zu versetzen. Die Diskussion ergab, daß kein Mitglied gegenwärtig überzutreten und zwar, weil gerade hier ein so außerordentliches Vertrauensverhältnis zu konstatieren ist, wir können uns dem Vertrauensrat gar nicht heraus. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die hiesige, im Lokale des Kollegen Wiedberger abgehaltene Mitgliederversammlung protestiert energig gegen die Leberstunden, die seitens dem Vorsitzenden des Bau- und Unternehmerrates und seitens dem Vorsitzenden des Verbandes der Fabrikarbeiter eintreten, ohne die Mitglieder zu berücksichtigen, und fordert eine allgemeine Stellung ein, bis der Verbandstag in

dieser Sache gesprochen hat.“ Des ferneren wurden noch von Kollegen die Verhältnisse auf der hiesigen Zuckerraffinerie besprochen. Es soll nächstens eine Betriebsversammlung einberufen werden; ebenfalls soll für die Zahlstelle eine Betriebsversammlung tagen.

**Wismar i. S.** In der Versammlung am 13. Juli sprach der Kollege Raden aus Lübeck über die Taktik der Unternehmerverbände. Er erwähnte die Ausperrungen, die von den Unternehmern anlässlich von Lohnkämpfen und der Meißner vorgenommen worden sind. Diese Ausperrungen beweisen, daß die Unternehmer sich kräftig gegen eine menschenwürdige Bezahlung und gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Beides sei aber im Interesse der Arbeiter erforderlich. Die Arbeiter haben ebenso sehr ein Interesse daran, auskömmlichen Lohn zu erhalten, als sie aus sanitären Gründen und zum Schutze ihres Lebens Verkürzung der Arbeitszeit fordern müssen. Der Vortrag hatte den direkten Erfolg, daß 12 Personen dem Verbande beitraten. In der dem Vortrag folgenden Diskussion wurden die Zustände auf der Eisengießerei und Waggonfabrik einer eingehenden Kritik unterzogen.

### Gaulkonferenz des Gaus 4.

Am 1. und 2. Pfingsttag tagte unsere Konferenz in Stettin im „Vredower Schützenhaus“. Anwesend waren 24 Delegierte von 18 Zahlstellen. 14 Zahlstellen waren nicht vertreten. Als Leiter der Konferenz wurden Wiesenhütter und Berker-Stettin, als Schriftführer Baumann-Köslin und Freyer-Stralsund gewählt. Den Geschäftsbericht gab Kollege Wiesenhütter. Den Delegierten war der Bericht gedruckt zugehant worden. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 15. November 1904 bis 1. Januar 1906. Denselben ist zu entnehmen, daß seit der Anstellung eines Gauleiters in unserm Gau erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Mitgliederzahl stieg von 2060 (4. Quartal 1904) auf 4117 (4. Quartal 1905). Versammlungen wurden 67 öffentliche und 105 Betriebsversammlungen abgehalten. Ebenfalls nahm der Gauleiter an 26 verschiedenen Sitzungen teil und sprach auch noch in 26 Mitgliederversammlungen. Der Gauvorstand hielt 22 Sitzungen ab. Zahlstellen wurden 12 gegründet. Eingegangen sind 2. Der schriftliche Verkehr war sehr reger. Es gingen 923 Briefe und Karten aus, 548 gingen ein. Pakete (Drucksachen, Einladungskarten) wurden 42, Flugblätter, vom Gau verfaßt, wurden 17 000 verandt. Vereinigt wurden die Zahlstellen Stettin, Stolzenhagen und Zülchow. Vereint hat sich die Zahlstelle Uedermünde (Eggenin). Lohnbewegungen und Differenzen fanden statt in Rastenburg, Zahnd, Friedland, Uedermünde, Greifenhagen, Eggenin und Köslin. Revidiert wurde in Rastenburg, Uedermünde, Danzig, Greifenhagen, Eggenin Wolgast und Anklam. Die Gewerbeinspektion wurde verschiedene Male angerufen. Der Gauleiter klagte besonders über die schlechten Bahnverbindungen in unserm Gau. Es ist das Arbeiten hier viel schwieriger wie in den anderen Gauen, weil die Industrie fehlt, auch sind sehr wenig intelligente Kräfte vorhanden, die eventuell den Gauleiter in der Agitation unterstützen könnten. Es ist gelungen, mit Hilfe von anderen Gewerkschaftsbeamten, in entlegenen Orten festen Fuß zu fassen. Auch Polizei und Behörden weitestens geradezu die Unternehmer gegen die Arbeiter in Schutz zu nehmen. Es ist auch schon vorgekommen, daß Gewerkschaftsstellen es ablehnten, uns beizustehen zu sein, z. B. Königsberg i. Pr. Der Vorsitzende des Kartells meinte, es wäre nicht nötig, von unserer Organisation eine Zahlstelle zu gründen, da schon Handels- und Transportarbeiter, Bauarbeiter u. dort vertreten sind. Es ist aber doch noch großer Mühe gelungen, den Grundstein zu einer Zahlstelle dort zu legen, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Zu Memel drohten die Hafenarbeiter die Zahlstelle zu sprengen, da sie meinten, unsere Kollegen gehörten in den Hafenarbeiter-Verband. Wie falsch ein solches Verlangen ist, zeigt der Bericht des Gauvorstandes, der angibt, daß allein schon 2000 Schneidemühlener Arbeiter für uns in Frage kommen, außer den andern Betrieben. Eine große Kalamität ist der Sozialmangel, wodurch die Agitation sehr erschwert wurde. Dann wurde auch noch Klage darüber geführt, daß die Kollegen öffentliche Agitationsversammlungen immer nur an Sonntagen haben wollten, sodaß es unmöglich war, alle Wünsche der Zahlstellen zu erfüllen. In Uedermünde und Danzig hat die Verwaltung sich große Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen lassen, infolgedessen diese Zahlstellen fast zugrunde gegangen sind. Mit der Aufforderung an die Delegierten, durch gewissenhaftes Arbeiten in den Zahlstellen dafür zu sorgen, daß diese immer mehr ausgebaut werden und so den Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer an der Organisation der Arbeiter ein Damm entgegenzusetzen werde, schließt der Gauleiter seinen Bericht. Den Kassenbericht gab Kollege Schneider, derselbe lag den Delegierten auch gedruckt vor. Die Einnahme betrug im ersten halben Geschäftsjahr 1158,90 M., die Ausgabe 1296,07 M., Kassenbestand 162,83 M. Im zweiten Halbjahr: Einnahme 1801,63 M., Ausgabe 1671,16 M., mithin bleibt ein Kassenbestand von 130,47 M. In der Diskussion über den ersten Punkt der Tagesordnung beteiligten sich fast sämtliche Delegierte. Dem Gauvorstand wurde Entlastung erteilt. Es folgte nunmehr der Bericht der Delegierten. Sämtliche Delegierte hatten mehr oder weniger über die außerordentlich schlechten Arbeitsverhältnisse in den Zahlstellen zu berichten. Interessant war der Agitationsbericht der Zahlstellen. Dort, wo Sozialmangel war, hatte eine Hausagitation sich am besten bewährt. In anderen Orten waren es wieder die Betriebsbesprechungen, welche am besten agitierten. Hauptächlich hatte Stettin durch Betriebsversammlungen viele Mitglieder gewonnen. Ganz besonders wurde das Verhalten der Behörden gegenüber den organisierten Arbeitern kritisiert. Größtenteils waren die Delegierten in der Lage, von einer weiteren Entwidlung der Zahlstellen berichten zu können. Der folgende Punkt der Tagesordnung lautete: Sie betreiben wir unsere Agitation für die Hausagitation. Es referierte Kollege Wiesenhütter und wurden die Hausagitation und die Betriebsversammlungen als die besten Agitationsmittel befürwortet. Bei der Hausagitation erhalten die Frauen über unsere Ziele mehr Aufklärung, denn heute ist die Frau noch immer ein großer Hemmschuh für die Bewegung, wenn sie nicht Gelegenheit hatte, Versammlungen usw. zu besuchen. In den Betriebsversammlungen werden die Kollegen auf ihre mißliche Lage aufmerksam gemacht und wird ihnen vor Augen geführt, auf welchem Wege sie ein menschenwürdiges Dasein sich erringen können. Es wurde dann noch darüber gellagt, daß andere Gewerkschaften es nicht für nötig hielten, mit uns Hand in Hand zu arbeiten, ja, uns oft entgegenarbeiteten. Nach einer regen Debatte wurde noch ein Antrag angenommen, daß der Gauvorstand ein Flugblatt für die in Zuckerraffinerien und Papierfabriken beschäftigten Arbeiter herausgibt. In dem Referat über unsere Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen behandelte Kollege Wiesenhütter hauptsächlich die vielen Fehler, welche gerade bei Streiks und Lohnbewegungen vorkommen, und empfiehlt besonders das Streikreglement zur besonderen Beachtung. Auch wird oft leichtfertig gehandelt, indem die Kollegen z. B. einen Betrieb als gut organisiert ansehen, auch wenn sich die große Zahl der Arbeiter erst vor ein paar Tagen hat aufnehmen

lassen. Solche rasch gewonnenen Mitglieder können noch keinen Kampf bestehen. Auf das Verhalten der Polizei bei Streikposten stehen wird ganz besonders hingewiesen. Sämtliche Redner in der Diskussion sprachen in dem Sinne des Gauleiters. Die Konferenz stellt an den Verbandstag folgende Anträge:

1. Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Bericht des Gauvorstandes des Gaus 4. Sie erhebt hieraus, daß durch die Größe desselben die Agitation nicht so betrieblen werden kann, wie es tatsächlich nötig ist; sie beantragt deshalb: Der diesjährige Verbandstag möge beschließen, den Gau 4 zu teilen, d. h. Ost- und Westpreußen zu einem, Pommern und Mecklenburg zu einem anderen.
2. Die Gauleiter sind zum Verbandstag auf Kosten der Verbandskasse mit beratender Stimme zuzulassen.
3. Der Verbandstag möge beschließen, daß zu den Gaulonierzahlen Zahlstellen bis zu 100 Mitgliedern 1, von 100-450 2, und von da ab auf jede weiteren 500 Mitglieder 1 Delegierten mehr wählen können, jedoch nicht mehr wie 3.
4. Zahlstellen, die ihrer geographischen Lage nach und geringen Mitgliederzahl wegen ihre Mittel zur Beschickung der Gaulonierzahlen nicht aus der Lokalkasse decken können, erhalten einen Zuschuß aus der Hauptkasse.
5. Der Verbandstag möge beschließen: Die Delegationskosten zur Gaulonferenz sind den Delegationsstellen zum Verbandstage gleichzustellen.

Als Ort für die nächste Gaulonferenz wird Köslin gewählt. — Kollege Wiesenhütter wirt zum Schluß noch einen Rückblick auf die Arbeiten der Konferenz, und sollten die Verhandlungen dazu beitragen, unserer Organisation den Weg in die Wälder unseres Gaus zu bahnen. Ein weites Feld steht uns noch offen, und wollen wir die Pioniere sein, die bessere, menschenwürdigere Verhältnisse für die Arbeiter in unserm Gau herbeiführen. Ist auch unser Gau der stärkste Hort der Reaktion, so wollen wir uns durch nichts in unserer Kulturarbeit zurückreden lassen. Je härter der Kampf, desto schöner der Sieg.

### Verbandsnachrichten.

**Vom 19. Juni ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:**

Küsterleben 160,—	Schiffersdorf 200,—	Wallstadt 15,—
Stettin 201,50	Baltershausen 100,—	Bonn 58,22
Schönebeck 300,—	Stettin 1200,—	Harburg 800,—
Delmenhorst 800,—	Lappig 800,—	Bremen 600,—
Schwesing 128,22	Strasbourg 100,—	Heilbronn 800,—
Braunschweig 399,34	Pöbejud 160,—	Kolberg 100,—
Winken 78,46	Chemnitz 40,—	Zegel 400,—
Diale a. S. 375,—	Holzminnen 83,74	Proletarier —65
Braunschweig 1200,—	Arnshori 29,52	Grafen 3,—
Wiesen 200,—	Köslin 3,15	

**Schlus: Sonnabend, 30. Juni, mittags 12 Uhr.** Berichtigungen. In Nr. 13 muß es heißen: Braunschweig 2000,—, nicht 1200,—.

Die bereits erfolgte Ausschreibung der Stelle eines Vorsitzenden des Gaus 9, Sitz Köln (Rhein), hat eine größere Auswahl geeigneter Bewerber noch nicht gebracht. Der Schlusstermin für Einreichung der Bewerbungen ist daher hinausgeschoben.

Bewerber haben die Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer seitigeren Tätigkeit schriftlich einzusenden, dabei sind Angaben über Tag und Jahr der Geburt und Eintritt in den Verband zu machen. Außerdem ist eine schriftliche Arbeit einzusenden über folgende Fragen:

1. Wie ist die Agitation unter unseren Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben?
  2. Wie hat sich der Gauvorsitzende bei bevorstehenden und ausgebrochenen Arbeitseinstellungen und Ausperrungen zu verhalten?
  3. Wie ist die innere Leitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zahlstelle zu gestalten?
  4. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle vor?
- Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gelege haben und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein. Die Anstellung erfolgt zunächst provisorisch, nach Ablauf eines Vierteljahres endgültig bei dienstlicher Befriedigung. Das Anfangsgehalt ist 1800 M., jährlich steigend um 75 M. bis zum Höchstbetrage von 2000 M. Bewerbungen sind bis 15. Juli an Unterzeichneten zu senden. Hannover, 30. Juni 1906.

**Aug. Drey.** Zur Erhebung eines Extrabeitrages haben Zustimmung erhalten: Zahlstelle Duisburg pro Monat und Mitglied 10 Pf.

**Verloren und für ungültig erklärte Bücher.**  
35 258, ausgehellt auf den Namen A. Dünzel am 12. Juni 1904 in Neuhaubenerleben.  
22 365, ausgehellt auf den Namen Gustav Schabe am 19. Juni 1902 zu Wolgast.  
77 215, ausgehellt auf den Namen Rudolf Wazlaff am 15. März 1905 zu Potsdam.  
146 838, lautend auf den Namen Johann Romantowski.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
**Biankese.** Vertrauensmann Gerhard Peters, Kampstraße 28.  
**Bremen.** Georg Helms, Lutherstraße 47.  
**Brudorf.** Wilh. Pfeifer, Nr. 7 I.  
**Burg a. Fehr.** W. Landisch, Süderstraße.  
**Falkenburg (Gau 4).** Albert Gottlieb, Lehmsbergstraße 62.  
**Gotha.** A. Greif, Uhlstraße 7. part.  
**Liebenwalde.** Laube, Mittelstraße 123.  
**Neustadt i. S.** Heintz Rossburg, Rosengarten 164.  
**Nürnberg (Gau 2).** Oskar Beer, 1130.  
**Nürnberg.** Das Bureau befindet sich Frechtelgasse 16, 2. Et.  
**Rosenbach (Main).** Emil Barbier, Gr. Hofenbachstraße 31.  
**Röslan (Elbe).** Eduard Marjmann, Dessauerstr. 61.  
**Schömmar.** Wilh. Brand, Bewelsburg 315.  
**Strasbourg im Elsaß.** Das Reisegeheim wird von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends im Arbeitersekretariat, Fuchsmattstr. 2, ausgehellt. Sonntags zwischen 12 und 1 Uhr beim Arbeitersekretariat G. Gailer, Gieshausstraße 2, 2. Ege.  
**Stuttgart.** Wendelin Huber, Camillstr. Badstr. 11 b I.  
**Wm a. D.** Aug. Girich, Karlsruher 65.  
**Zangermünde.** F. Gierwiniski, Gartenstraße 4.  
**Zehdenick (Gau 3).** R. Kramer, Damhainstraße 19.

**Zahlstelle Spandau.**  
Sonntag, den 22. Juli 1906, vormittags 9 Uhr:  
**Generalversammlung**  
bei Böhle, Rammelsstraße 5.  
Tagesordnung: 1. Rechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht des Vertrauensrats. 3. Bericht des Gauleiters.  
Zahlstellen sind zu versenden.  
Die Ortsverwaltung.

**Grosses Sommer-Fest**  
Sonntag, den 23. Juli 1906, im Lehnwies Volksgarten (Friedhof).  
Sonntag, den 23. Juli 1906, im Lehnwies Volksgarten.  
Zahlstellen sind zu versenden.  
Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Frankfurt a. M.**  
Nach zum nächsten Eintritt einer  
**2. Lokalbeamten.** [1,65 M.]  
Bewerber müssen mindestens 1 Jahr dem Verbande angehören, Kenntnisse der lokalen Verhältnisse besitzen und zweckgemäß sein. Die Bewerbung hat eine schriftliche Darstellung der eigenen Verhältnisse zu enthalten. — Anfangsgehalt 1600 M. — Bewerbungen sind bis längstens 20. Juli d. J. unter der Aufschrift „Bewerbung“ und unter Angabe von Referenzen zu richten an Heinrich Lang, Frankfurt a. M., König-Ludwigstraße 245 IV. St. rechts.

**Weissen.**  
Am 9. bis 16. Juli ist das Bureau nur abends von 7 bis 8 Uhr geöffnet. Die Geschäftsbesorgung für diese Woche wird Dienstag, den 17. Juli, ausgehellt.  
Die Bevollmächtigten.  
**Seelze.**  
Der Kollege Christian Sicking, eingetragter am 1. April 1904 in Seelze, Braunschweig 1462, Aufnahmestellen sämtlicher Ortsstellen, geb. 11. Juni 1881, und hiermit angefordert, umgeben mit der Zahlstelle Seelze abzuziehen.  
Wilh. Sobier, 1. Bevollmächtigter.

**Zahlstelle Stettin und Umgegend**  
Inhalt einer  
**2. Lokalbeamten.** [1,65 M.]  
Die Anstellungsbedingungen entsprechen denen der Gauleiter. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 15. Juli 1906 an den Kollegen Becker, Stettin, Bangstr. 9, I. Et., zu richten.  
Die Kommission.

**Neumünster.**  
Sonntag, den 3. Juli 1906, bei Burg, Plönerstraße 7:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Aufnahme. 2. Ratsbericht. 3. Bericht von der Gaulonferenz. 4. Abrechnung vom Vergangenen. 5. Fragekasten und Verschickendes.  
In dieser Versammlung muß jeder Kollege erscheinen.  
Die Bevollmächtigten.

**Oberschlesien.**  
Die Mitglieder-Versammlungen tagen immer am zweiten Sonntag im Monat nachmittags 3 Uhr im Lokale „Zur Erholung“, Schneberg, 9, 2. Et.  
Der Vertrauensmann.

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 15.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsulare pro 3gepaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 21. Juli 1906.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Rängstr. 6.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Berg, Hannover, Rängstraße 6, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von G. A. S. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

## Nachträge zur Delegiertenwahl.

### Gewählte Delegierte.

19. Wahlkreis: Fitz Joppich, Breslau.  
27. " M. Kimich, Mägeln.  
33. " Der als Delegierte gewählte Kollege R. Krakau kann das Mandat nicht annehmen. An seine Stelle tritt als Ersatzmann Kollege Aug. Böcke, Erkner.  
42. " Karl Hämmerl, München.  
43. " P. Konnenmacher, München.  
Der als Delegierte bekannt gegebene Kollege R. Herrmann, Nürnberg, erklärt, daß die auf ihn entfallenen Stimmen als ungültig zu betrachten sind, da er nicht kandidiert habe. Delegierter ist Jos. Staimer, München.  
68. " F. W. Dibjick, Bremen.  
71. " Emil Seidenschnur, Harburg.  
S. Martens, Harburg.

### Aus der Stichwahl hervorgegangene Delegierte.

1. Wahlkreis: Christian Schrader, Bünden.  
2. " Aug. Meier, Braunschweig.  
5. " W. Jäzper, Eichershausen.  
12. " Fr. Hölzke, Calbe.  
18. " Karl Braunert, Götting.  
20. " E. Pfeiffer, Eilenburg.  
21. " M. Römer, Würzen.  
23. " G. Neuring, Dresden.  
42. " Wally Mayer, München.  
50. " Bernh. Weber, Heidenheim.  
59. " M. Knöchel, Offenbach.  
61. " P. Bahn, Mühlheim a. M.  
64. " Chr. Klefisch, Kall.  
65. " Boes, Bielefeld.  
74. " Poling, Schiffel.  
75. " Joh. Bruns, Wandsbek.  
78. " D. Hartmann, Kiel.

## Anträge zum achten Verbandstag.

### Zur Tagesordnung.

- Berlin.** Die Landarbeiterfrage ist als ein besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Verbandstages zu setzen.  
**Harburg.** Die Maifeier ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.  
**Leipzig.** Als 4. Punkt der Tagesordnung ist zu behandeln der Köhler Gewerkschaftskongress und die Stellung zur Maifeier.  
**Bergedorf.** Als Punkt 5 der Tagesordnung des Verbandstages zu setzen: Maifeier.

### Punkt 2 der Tagesordnung.

#### Bericht des Vorsitzenden.

- Mün.** Der Vorstand hat jedes Jahr ein Handbuch herauszugeben über Lohnkämpfe und Fortschritte, welche auf gewerkschaftlichem Gebiete errungen worden sind, damit die tätigen Kollegen im Lande Material in Händen haben, welches sie praktisch verwerten können. Das Handbuch ist den Funktionären gratis zu liefern.  
**Magdeburg.** Der Vorstand hat jedes Jahr Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Die Berichterstattung erfolgt im „Proletarier“.  
**Nied.** Der Hauptvorstand darf niemals ein Reichstagsmandat annehmen.

### Statutenberatung.

#### § 2, Absatz 1.

- Dortmund, Düsseldorf.** Die Worte: „Mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ sind zu streichen.  
§ 3.  
**Frankenthal.** Im Umkreis einer Zahlstelle von 10 Kilometern sollen neue Zahlstellen nicht errichtet werden.  
**Konferenz des Gau 10, Dresden.** Alle in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Wohngebiete liegenden Zahlstellen sind zu verschmelzen.  
**Stöckelsdorf.** Verschmelzung von Zahlstellen darf nicht erfolgen, wenn diese auf zwei verschiedenen Staatsgebieten liegen und verschiedene Ortsverhältnisse in Betracht kommen.  
**Berlin.** Bücher für abtretende Personen werden vom Vorstand ohne Eintrittsgeld verabfolgt.  
**Thale (Harz).** Die Uebertrittsbestimmungen sind auch auf die Mitglieder der Tisch-Dunkerischen Gewerkschaften auszudehnen.  
**Magdeburg.** Der Uebertritt aus einer anderen Organisation in unsere erfolgt kostenlos.  
§ 5.  
**Mün.** Für neuereintretende Mitglieder sind anstatt der Mitgliedsbücher Karten für das erste Jahr auszustellen.

### § 6.

**Düsseldorf, Stöckelsdorf.** Die Erhebung von Extrabeiträgen kann nur durch Urabstimmung beschlossen werden.

**Dortmund.** Extrasteuern sind mittels besonderer Karten zu erheben.

**Braunschweig.** Mitglieder, welche durch Nichterfüllung ihrer Pflichten der Mitgliedschaft verlustig gegangen sind, können nicht wieder als Mitglieder aufgenommen werden, es sei denn, daß dieselben sämtliche rückständigen Beiträge, mindestens aber 13 Wochenbeiträge nachbezahlen. Derartig neu aufgenommene Mitglieder haben ebenfalls wie jedes andere neu eintretende Mitglied die im Statut festgesetzte Karenzzeit zu überleben, bevor ihnen eine Unterstützung von der Verbandsleitung gewährt werden kann.

### Abatz 2.

**Marxtrautadt.** Solche Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, haben vorher den Betrag für 6 Wochenbeiträge zu bezahlen.

**Langenfelde.** Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, zahlen doppeltes Eintrittsgeld; sind dieselben wegen Beitragsresten gestrichen, so haben sie 3 Monate Beitrag nachzuzahlen. Die Karenzzeit bleibt dieselbe wie bei neuereintretenden Mitgliedern.

### Abatz 6.

**Berlin.** Die Beitragspflicht ruht während nachgewiesener Erwerbslosigkeit.

**Schreditz.** Beitragsbefreiung für bei Streiks inhaftierte Kollegen mit gleicher Berechtigung wie zahlende.

### § 7.

**Advenid.** Alle aus dem Verband ausgeschlossene und dem Hauptvorstand gemeldete Kollegen sollen im „Proletarier“ bekannt gegeben werden.

### § 7, Absatz e.

**Stettin.** Durch betrügerische Vorspiegelungen sich Unterstützungen verschaffen oder dazu beitragen.

### § 9.

**Silberstein, Wolgast.** Weidliche Mitglieder erhalten Zweidrittel der Unterstützungen gegenüber den männlichen, da sie zu Zweidrittel der Beiträge verpflichtet sind.

### Abatz 2.

**Estna.** Die Erwerbslosen-Unterstützung ist mehr in eine Krankenunterstützung umzuwandeln.

**Nied.** Abschaffung der Erwerbslosen-Unterstützung, um die Unterstützungsorganisation in eine Kampfesorganisation umzuwandeln.

**Wandsbek.** Als Tag des Beginns der Krankheit gilt der Tag, an welchem das ärztliche Attest ausgestellt wurde.

**Hamburg.** Die Anmeldung erkrankter Mitglieder zur Erwerbslosen-Unterstützung muß in den ersten 6 Tagen nach Ausstellung der ärztlichen Bescheinigung unter Vorlegung derselben beim Bevollmächtigten oder Vertrauensmann erfolgen.

**Kiel, Wolgast.** Die Erwerbslosen-Unterstützung wird vom dritten Tage ab ausbezahlt.

**Bornis.** Erwerbslosen-Unterstützung wird vom ersten Tage ab ausbezahlt.

### § 10, Absatz 2.

**Langenfelde.** Die Sätze für Unterstützung im Sterbefalle sind um 10 Mark zu erhöhen.

**Holberg.** Zusatz: Bei 312 Wochenbeiträgen 60 Mk. und bei 364 Wochenbeiträgen 70 Mk.

### Abatz 3.

**Holberg.** Sind Mann und Frau Mitglied des Verbandes, so kann ihnen bei gleichen Voraussetzungen beim Todesfall eines Kindes bis zum 4. Lebensjahr bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 4 Mk., bei 156 Wochenbeiträgen 6 Mk., bei 208 Wochenbeiträgen 8 Mk., bei 312 Wochenbeiträgen 12 Mk.; vom 4.—8. Lebensjahre bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 6 Mk., bei 156 Wochenbeiträgen 8 Mk., bei 208 Wochenbeiträgen 10 Mk., bei 312 Wochenbeiträgen 12 Mk. und bei 364 Wochenbeiträgen 14 Mk.; vom 8. bis zum 14. Lebensjahre bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 8 Mk., bei 156 Wochenbeiträgen 10 Mk., bei 208 Wochenbeiträgen 12 Mk., bei 312 Wochenbeiträgen 14 Mk. und bei 364 Wochenbeiträgen 16 Mk. gezahlt werden.

### Abatz 6.

**Elmsborn.** Ist die Frau eines Mitgliedes ebenfalls Mitglied des Verbandes, so ist ihr das volle Umzugsgeld zu bewilligen.

**Wilhelmsburg.** Verheiratete Mitglieder, welche ihren Wohnsitz verändern und 52 Wochenbeiträge geleistet haben, können ein Umzugsgeld von 20 Mark erhalten. Unverheiratete Mitglieder erhalten eine Reise-Unterstützung bis zu 10 Mark bewilligt.

### Abatz 9.

**Seilbroun.** Die Unterstützungshöhe für Gemäßregelte ist statutarisch festzusetzen.

### § 11, Absatz 1.

**Nied.** Zahlstellen mit 1800 Mitgliedern haben einen besoldeten Beamten anzustellen. Der Vorstand darf keine Zuschüsse zu den aus der Besoldung entstehenden Kosten gewähren.

**Stettin.** Der Vorstand ernennt für jede Zahlstelle 3 Bevollmächtigte und 3 Stellvertreter, welche die Geschäfte der Zahlstelle zu leiten haben. Usw.

### Abatz 3.

**Hannover.** In Zahlstellen, wo besoldete Beamte angestellt sind, ist die Zahl der Revisoren um die Zahl der besoldeten Beamten zu erhöhen.

### Abatz 5.

**Stettin.** Jede Zahlstelle ist verpflichtet, 3 Revisoren zu wählen. Diese nehmen an den Vorstandssitzungen teil. Die Revisoren können jederzeit Revisionen vornehmen, abgesehen von der Revision bei der Quartalsabrechnung.

### Abatz 7.

**Eisenberg (S.-A.).** Jedes Mitglied ist in allen Versammlungen stimmberechtigt, wählbar zur Besetzung eines Postens wird es erst, wenn es 20 Jahre alt geworden und 3 Monate Mitglied gewesen ist.

### § 13, Absatz 3.

**Frankfurt a. M. Kiel.** Den Zahlstellen verbleiben 25 Prozent der Einnahmen aus den Wochenbeiträgen.

### § 14, Absatz 7.

**Bürgel.** Alle drei Jahre findet regelmäßig ein Verbandstag statt.

### § 16.

**Konferenz des Gau 1. Eggersheim.** Mitgliedern, die am Wahlsonntage arbeiten müssen, ist die Teilnahme an der Wahl an einem anderen Tage zu ermöglichen.

**Berbst.** Die Wahlkreise werden nach Möglichkeit aus denselben Wahlkreisen gebildet.

### Abatz 8.

**Hannover.** Zeile 3 ist statt 800 1000 zu setzen.

**Bergedorf.** Für jeden Delegierten ist ein Ersatzmann zu wählen.

### Geschäftsordnung.

#### Nr. 11, Absatz 4.

**Bergedorf.** Der erste und zweite Satz ist zu streichen.

### Abatz 5.

**Bergedorf.** Die Worte: „bei jeder einzelnen Verhandlung“ zu streichen.

Die Wahl des Ersatzmannes ist in einer später anzuberaumenden Wahlversammlung vorzunehmen.

### Redaktion des „Proletarier“.

**Frankfurt.** Sitz des Verbandes und Redaktion des „Proletarier“ dürfen nicht an einem Ort zusammen sich befinden.

**Dortmund.** Der „Proletarier“ erscheint am 1. Oktober wöchentlich und sechsseitig.

**Dresden.** Der „Proletarier“ hat wöchentlich und mindestens achtseitig zu erscheinen.

**Braunschweig.** Der Verbandstag wolle beschließen: Nach vorzunehmender Anstellung eines besoldeten Redakteurs den „Proletarier“ wöchentlich erscheinen zu lassen und auch im Allgemeinen die Ausstattung des Blattes tunlichst zu heben. Für die einzelnen Gruppen der Gummi-, Papier-, Seifen-, Schokoladen-, Zucker-, Konserven-, Zement-, Ziegelei- und chemischen Industriearbeiter sollen fortlaufende Rubriken und Artikelserien zur Aufklärung und Agitation unterhalten werden. Vor allen Dingen soll aber auch der Agitation und Organisation der Landarbeiter und Arbeiterinnen Rechnung getragen werden.

**Sudwigshafen und Mundenheim.** Der „Proletarier“ erhält mindestens allmonatlich eine wissenschaftliche Beilage.

**Wedel-Eutin.** Anstellung eines zweiten Redakteurs.  
**Kugsburg, Selmenhorst, Dresden, Erfurt, Eutin, Frankfurt, Färth, Gau 10, Hanau, Götting, Advenid, Sudwigshafen, Nürnberg, Pomerandorf, Schwiebus, Barcl, Wedel.** Der „Proletarier“ erscheint alle 8 Tage.

**Spandau.** Der „Proletarier“ erscheint vom 1. Oktober ab wöchentlich.

**Färth, Hamburg, Hanau.** Besondere Anstellung eines Redakteurs.

**Nürnberg.** Den Kolleginnen soll statt des „Proletarier“ die „Gleichheit“ geliefert werden.

**Hamburg.** Herausgabe mit ständiger Beilage, in der besonders die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter behandelt wird.

**Blauenscher Grund.** Der wichtigste Teil unseres „Proletarier“ ist in italienischer, polnischer und tschechischer Sprache zu überlegen und zwar in soviel Exemplaren, wie nötig sind. Dieselben sind den Zahlstellen mit zuzufenden wenn der „Proletarier“ versandt wird und zwar in soviel Exemplaren, wie jede Zahlstelle gebraucht.

Verbandsnachrichten.

Vom 2. Juli ab gingen bei der Hauptkass... Beiträge ein: Spein 145,08, Langermünde 198,82, Straßburg 100,...

Bilanz der Abrechnung.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme in den Zahlstellen' and 'Ausgabe in den Zahlstellen'.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe'.

Dieser Bericht hat den Zweck, die Tätigkeit der Arbeiter...

Spandau. Unter den miserabelsten Verhältnissen arbeiten die Arbeiter...

Gau 1.

Sonntag, den 17. und Montag, den 18. cr. tagte in Magdeburg...

Die Beschlüsse der Gaukonferenz sind folgende: 1. Der Gau...

Die Anträge wurden teils zurückgezogen, teils abgelehnt, da sich...

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme in den Zahlstellen' and 'Ausgabe in den Zahlstellen'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Streik-Unterstützung' and 'An Erwerbslosen-Unterstützung'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Gesamteinnahme' and 'Gesamtausgabe'.

Geschäftsstunden der Zahlstelle Angsburg.

Verladberg 6 251, 1. Sprechstunden: Mittags 12-12 1/2 Uhr, abends 5-7 Uhr...

Zahlstelle Bismarck.

Die Mitglieder-Versammlungen finden immer am zweiten Sonntag im Monat...

Zahlstelle Hahn.

Alle Mitglieder-Versammlungen finden am zweiten Sonntag im Monat...

Zahlstelle Stadoldendorf.

Sonntag, den 22. Juli, tagt ein außerordentl. Mitglieder-Versammlung...

Zahlstelle Bergedorf.

Mittwoch, den 25. Juli 1906, abends präzis 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung...

Freiberg.

Alle Mitglieder-Versammlungen finden jeden 1. Sonntag im Monat...

Terrazzo.

Veranstaltung zur Bekämpfung von Terrazzoarbeiten...

Horn, Lamprecht, Schürck & Co.

Horn, Lamprecht, Schürck & Co., Buchh. 9.

Willigs Formularschränke.

Die Besucher des Verbandstages werden Gelegenheit erhalten...

Willigs Formularschränke.

Es sind dies die besten, einfachsten und praktischsten Schränke...

Willigs Formularschränke.

Willigs Formularschränke sind aus bestem Holz angefertigt...

Willigs Formularschränke.

Willigs Formularschränke sind aus bestem Holz angefertigt...